

Nebræer Anzeiger

Amliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebræ

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
 Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wlth. Sauer in Kisleben.
 Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Kisleben.
 Geschäftsstelle in Nebræ: Fran Kaufmann Weig, Markt 34/35.
 Fernsprecher: Amt Kisleben Nr. 221. — Vosscheskonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen lösen: die 48 mm breite Millimetergröße 0,9 Pf., die 90 mm breite Millimetergröße im Plakatformat 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
 Bankkonten: Stadtparkstraße Nebræ — Bankverein Artern.

Nr 147

Donnerstag, den 12. Dezember 1929

42. Jahrgang

Harter Gilberts Bericht.

Die Novemberbilanz des Reparationsagenten.
 Berlin, 10. Dezember.

Der Reparationsagent veröffentlicht folgende Uebersicht über die Einnahmen und über die Gesamtergebnisse darüber für den Monat November 1929 und für den Zeitraum vom 1. September bis 30. November 1929 auf Grund des Haager Protokolls vom 31. August 1929. (Auf Vergrößerung, in Reichsmark.)

Einnahmen:	November 1929	1.9.—30.11.1929
Von Deutschland:		
Verzinsung und Tilgung der Reichsbahn-Reparationsanleiheüberschreibungen abzüglich Diskont:	53 534 496,33	106 689 916,97
Haushaltsbeitrag:	103 983 067,50	311 738 555,33
Beibrückungssteuer:	24 121 064,16	48 251 601,65
Zinsen und Kursdifferenzen:	119 539,65	378 252,73
Gesamtbeitrag:	181 768 164,64	467 058 329,68

Verfügungen darüber:

Dienst der deutschen Auslandsanleihe von 1924:	7 373 461,87	25 909 949,66
Beteiligung an die Gläubigerstände:	106 114 285,71	318 342 857,14
Beitrag zum Reparationsfonds für die Belastungskosten:	—	30 000 000,00
Beitrag für Kosten der Kommissionen und sonstigen Organisationen:	—	6 000 000,00
Gesamtbeitrag:	113 487 747,58	380 342 806,80
Saldoper 30. November 1929:	—	86 771 522,88

Der preussische Haushaltsplan.

Höpfer-Mohr verteidigt seinen Etat.
 Berlin, 11. Dezember.

Auf der Tagesordnung des Preussischen Landtages stand als einziger Gegenstand die erste Lesung des Haushaltsplanes für 1930.

Auf der Regierungsbank haben fast sämtliche Mitglieder des preussischen Kabinetts Platz genommen.

Finanzminister Dr. Höpfer-Mohr

brachte den Haushalt ein. Er sei froh, heute schon etwas über die Haushaltsfragen für 1929 zu sagen. Der Minister wies auf die mißliche Lage hin, die für die Länder dadurch entstanden sei, weil einmal ohne weiteres 120 Millionen Mark aus der Einkommensteuer dem Reiche allein zufließen und andererseits, weil auch das 1300 Millionen Mark überschreitende Einkommen aus der Lohnsteuer zum Reiche für Zwecke der Knappheits- und Invalidenversicherung zurückgeführt werde. Eine starke Erhöhung hätten die Wohnungsausgaben erfahren, da sich

die Erhöhung der Beamtenbezahlung erst im Jahre 1929 voll auswirken hätte. Die Personalansgaben hätten sich gegen 1928 um 288 Millionen erhöht. (Hört, hört!) Der Festbetrag im Anteil-Haushalt habe am 1. Oktober 1929 67,5 Millionen Mark betragen. Diese Zahl habe infolgedessen Anlaß zur Besorgnis, als bei der heutigen Kapitalmarktlage die Herannahme langfristiger Anleihen immerhin sein werde.

Die Verschuldung Preußens betrage 643 Millionen Mark, das heißt etwa 10 Prozent des Staatsvermögens. Auch im vorliegenden Haushaltsplan seien die Personalansgaben mit 75 Prozent der Gesamtausgaben außerordentlich hoch. Der Minister machte dann auf den Festbetrag von 88 Millionen aufmerksam, den er durch die Einstellung von Maßnahmen aus den Ueberschüssen des Reiches ausgleichen habe. Von einer

Aufhebung des Verwaltungssystems könne man in Preußen nicht sprechen. Preußen habe heute insgesamt 207 000 Staatsbedienstete und 110 000 Volksschullehrer. Er kündigte für den nächsten Beratungsschritt des preussischen Landtages die Einbringung von Vorschlägen zur innerpreussischen Verwaltungsreform durch die Staatsregierung an. Auch mit einem neuen Volksschulunterrichtsausgleich werde sich der preussische Landtag in Kürze zu beschäftigen haben. Wenn die Defizitlage heute über den harten Steuerdruck und die höchste Lage der Wirtschaftslage, so müsse er sagen, daß diese Lage zwar nicht unbefriedigt seien, daß aber der Steuerdruck in anderen großen Ländern nicht geringer und die Lage der deutschen Wirtschaft nicht hoffnungslos sei.

Die Verschuldung der Landwirte sei zum ersten Male eine rückläufige Bewegung. Zum Schluß erklärte der Minister, daß er es für seine Pflicht halte, der allgemeinen Mitteilbarkeit entgegenzutreten, da die zu lösenden schweren Aufgaben nur mit Mut und Entschlossenheit gemeistert werden könnten. Die allgemeine Ansprache wurde auf Mittwochs 12 Uhr vertagt. Außerdem: Antrag auf Einbeziehung der Diskontofreite in die Untersuchungen des Reichsfinanzkommissionars.

Thüringer- und Bayernwahlen.

Verluste der bürgerlichen Parteien.
 Weimar, 10. Dezember.

Nach Feststellungen des Landeswahlleiters wurden bei den Thüringer Landtagswahlen folgende Stimmen abgegeben:

Sozialdemokraten	257 852	(254 042)
Landvolkpartei	131 888	
Kommunisten	81 120	(118 295)
Deutsche Volkspartei	70 413	
Wirtschaftspartei	76 217	(75 690)
Deutschnationale Volkspartei	31 618	
Nationalsozialisten	90 336	(27 846)
Demokraten	23 528	(26 832)
Volkserhaltungsliste	9 822	(22 077)
Kommunistenopposition	12 156	
Zentrum	9 632	

Haus- und Grundbesitz (nur in einem Wahlkreis vertreten) 423
 Die Stimmen der Landvolkpartei, der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen Volkspartei und des Zentrums waren bei der vorigen Landtagswahl zu einer bürgerlichen Einheitsliste vereinigt. Die bürgerliche Einheitsliste erhielt damals insgesamt 270 568 Stimmen. Derselben Parteien haben bei dieser Wahl 245 351 Stimmen errungen. Nach amtlichem Uebersicht werden voraussichtlich folgende Mandate vergeben werden: Sozialdemokraten 1, bis 18, Landvolkpartei 3, Kommunisten 6, Deutsche Volkspartei 5, Wirtschaftspartei 5 bis 6, Deutschnationale Volkspartei 2 bis 3, Nationalsozialisten 6, Demokraten 1 bis 2. Die übrigen Parteien werden keine Mandate erhalten.

Zunahme der Nationalsozialisten in Bayern.

München, 10. Dezember.

Das Kennzeichen der Gemeinbewohner in ganz Bayern ist, ähnlich wie bei den Gemeinbewohnern in Preußen, die starke Zunahme der Nationalsozialisten. Sie ziehen in viele Stadtparlamente neu ein und haben sich in anderen Gemeinden mehr oder weniger verstärkt. Die Sozialdemokraten und die Bayerische Volkspartei haben ihren Wechselschritt mit geringen Schwankungen bewahrt. Die liberalen Parteien haben dagegen sichtlich abgenommen. Nach die Kommunisten konnten keine nennenswerten Wahlerfolge erzielen.

In der Landeshauptstadt München sind die Nationalsozialisten das jüngste an der Waage für die Mehrheitsbildung im neuen Stadtrat und damit für die Frage der Bürgermeierwahl geworden. Bemerkenswert ist auch das Wahlergebnis in Augsburg, wo die Sozialdemokraten ihre Rolle als stärkste Fraktion des Stadtrates an die Bayerische Volkspartei abtreten mußte.

Auch in Nordbayern haben die Nationalsozialisten einen großen Zuwachs zu verzeichnen. In Bayreuth z. B. ziehen neun Nationalsozialisten neu in den Stadtrat ein, in dem die Partei bisher nicht vertreten war. In Regensburg ist es ihnen gelungen, ihre bisherigen 13 Mandate abzugeben und die Mehrheit im Stadtrat zu behaupten.

An der Wahl.

betrug die Wahlbeteiligung 80 Prozent. Die Bayerische Volkspartei und das Zentrum, die diesmal den Wahlkampf gemeinsam führten, haben sich auf der ganzen Linie behauptet, konnten sogar vielerorts ihren Bestand erheblich vergrößern. Die Sozialdemokraten haben zum Teil unwesentliche Verluste erlitten. Auch die Demokraten haben, soweit sie eigene Listen aufstellten, nicht immer ihren Stand behaupten können. Einen größeren Erfolg haben in der Wahl eigentlich nur die Nationalsozialisten errungen.

Um die Tabaksteuer.

Eine Erklärung Hildebrands.
 Berlin, 10. Dezember.

Auf Grund schriftlicher und mündlicher Vorstellungen der hiesigen Interessenten sowie des hiesigen Innenministers beim Reichsernährungsminister und Reichsfinanzminister hat der Reichsfinanzminister folgende Erklärung abgegeben:

„Eine Entscheidung darüber, ob bei der Reform der Reichsfinanz auch die Tabaksteuer eine Veränderung zu erfahren haben wird, ist im Reichsfinanzministerium noch nicht getroffen worden. Für den Fall aber, daß im Rahmen einer Tabaksteuererhöhung eine Erhöhung der Steuer auf Kaufschabate in Erwägung gezogen werden sollte, wird von der Reichsregierung in jedem Fall darauf Bedacht genommen werden, daß nämlich die steuerliche Behandlung des gewöhnlichen Handelsrauchs und des sogenannten Steuerbegünstigten Feinschnitts nach wie vor gleichmäßig sein wird, und daß die Spanne in der steuerlichen Behandlung zwischen diesen Tabaksorten und dem sogenannten ersten Feinschnitt die gleiche bleibt wie bisher, das heißt 25 Prozent des Kleinverkaufspreises.“

Die Tarifierhöhung der Reichsbahn.

Vertagung bis Januar.
 Berlin, 10. Dezember.

Zwischen einem Ausschuss des Reichsfinanzministeriums und der Reichsbahn haben Verhandlungen stattgefunden, die sich mit dem Antrag der Reichsbahn beschäftigten, eine Tarif-

erhöhung vorzunehmen. Es ist u. a. auch der Vorschlag erörtert worden, der Reichsbahn auf dem Wege über die Beförderungssteuer eine finanzielle Erleichterung zukommen zu lassen. Angehends der Finanzlage des Reiches dürfte aber dieser Vorschlag wenig Aussicht auf Verwirklichung haben.

Die bisherigen Besprechungen haben zu einem Ergebnis nicht geführt. Die Frage der Tarifserhöhung ist einstweilen bis Januar vertagt worden. Die Verhandlungen sollen nach dem Abschluß der Haager Konferenz wieder aufgenommen werden.

Vor dem Haag.

Die Arbeit des Juristen-Ausschusses.
 Berlin, 11. Dezember.

Zur Vorbereitung der zweiten Haager Konferenz wird der Juristen-Ausschuß nacheinander in den nächsten Tagen seine Arbeit aufnehmen. Die erste Haager Konferenz hat beschlossen, diesen Juristen-Ausschuß einzuladen mit dem Auftrag, die Bestimmungen zu revidieren, die das Schlichtungsprotokoll für die Strafsetzung des Planes ausgenommen werden sollen. Deutscher Vertreter ist Ministerialdirektor Dr. G. u. s. am Auswärtigen Amt, Frankreich und England entsenden die Juristen, die bisher stets die großen internationalen Verträge in ihrer juristischen Formulierung vorbereitet haben, die Herren Fromagot und Cecil Hunt. Auf deutscher Seite wird außerdem noch Ministerialdirektor Dr. Ritter u. s. am Auswärtigen Amt an den Verhandlungen teilnehmen.

Der Ausschuß hat im besonderen zu prüfen das Statut der Bank für den internationalen Zahlungsausgleich, die einzelnen Bestimmungen des neuen Zahlungsplanes und diejenigen Bestimmungen, die die Hebeleistung vom Zahlungsplan zum Youngplan regeln. Weiter werden die Juristen zu befassen haben mit der Reorganisation des Reichsbankgesetzes, mit der Anpassung des Reichsbankgesetzes und mit der neuen Reichsbankordnung für Sachleistungen. Endlich werden den Bericht des Komitees zur Liquidierung der Vergangenheit zu prüfen haben.

Nuntius Pacelli abberufen.

Abschiedsbesuch beim Reichspräsidenten.
 Berlin, 10. Dezember.

Der Reichspräsident von Hindenburg empfing den Apostolischen Nuntius Monsignore Pacelli zur Entgegennahme seines Abschiedsbesuchs.

Der Nuntius war von dem Chef des Protokolls, Graf Tattenbach, im Namen des Reichspräsidenten abgeholt worden; bei der Einfahrt in den Hof des Reichspräsidenten-Palais erlief er eine Ehrenwache die üblichen Ehrenbezeugungen durch Präsenzierendes des Gewehrs und Schlagen des Marsches. In dem Empfang nahmen außer der Umgebung des Reichspräsidenten der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Curtius sowie Staatssekretär von Schubert teil.

Er kielte dann aus dem preussischen Ministerpräsidenten Dr. Brauns seinen Abschiedsbesuch ab. Erzengel Pacelli wurde von Staatssekretär Weismann empfangen und zum Ministerpräsidenten geleitet. Nuntius Pacelli hat in seiner Unterredung mit dem Ministerpräsidenten diesem für das vertrauensvolle Zusammenarbeiten des preussischen Staates mit ihm während seiner Berliner Tätigkeit seinen Dank ausgesprochen. Ministerpräsident Dr. Brauns wünschte dem scheidenden Nuntius beste Erfolge für seinen neuen Wirkungskreis in Rom.

Die preussische Staatsregierung wird Nuntius Pacelli als Entschuldigungsbesuch ein wertvolles Ereignis der Staatlichen Porzellan-Manufaktur überreichen, auf dem die Hedwig-Basilika dargestellt ist. Nach beendeter Besuch wurde der päpstliche Nuntius von Staatssekretär Dr. Weismann bis nach der Nuntiaten begleitet.

Wie Frankreich abrüstet!

Wieder eine Milliarde Wehrausgaben.
 Paris, 11. Dezember.

Der französische Kriegsausschuß für 1930, der gegenüber dem Vorjahre eine Erhöhung der Ausgaben um 1008 Millionen Franken vorstelt, zeigt deutlich, daß Frankreich an Abrüstung überhaupt nicht denkt. Dabei darf nicht übersehen werden, daß schon die Küllungsausgaben der vergangenen Jahre fortgesetzt eine erheblich steigende Linie aufwies.

Die Wehrausgaben verteilen sich auf das Heer mit 325 Millionen, auf die militärische Luftfahrt mit 108 Millionen, auf die Marine mit 198 Millionen und auf die militärischen Ausgaben der Kolonien mit 29 Millionen.

Zu diesen 730 Millionen, die in den eigentlichen militärischen Haushaltsplänen auftreten, treten noch die Aufwendungen, die anderen Ämtern zur Last fallen. So haben zu leisten das Innenministerium für die Militärabermärkte, die Republikanische Garde usw. 184 Millionen, das Arbeitsministerium für Wohnungsbauten usw. von Offizieren und Unteroffizieren 35 Millionen, das Ministerium der öffentlichen Arbeiten für den Bau von Schmalpurbahnen im Festungsgebiet 59 Millionen Franken.

Unerhörte Angriffe.

Polnischer Sturm gegen den Liquidationsvertrag.
D Warschau, 11. Dezember.

Die Agitation gegen den Liquidationsvertrag mit Deutschland geht in Polen fort. Auf der Tagung der Christlich-demokratischen Partei in Lodz wurde eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt: daß der Versuch auf weitere Liquidationen hundert von Hektar polnischer Erde in den Händen der Galatien lasse, wodurch nur der Appetit auf den polnischen Korridor, auf Polen und Oberösterreich, gestärkt würde.

Auf einer Professorenversammlung der Studenten in Warschau wurde eine Resolution gegen das deutsch-polnische Abkommen angenommen. In ihr heißt es u. a.: „Die mit brutaler Gewalt den polnischen Bauern entzogene Erde darf nicht in den Händen der Käufer bleiben. Wir geloben in den Kampf mit dem ewigen Feinde des Polentums nicht nachzulassen, solange noch, wenn auch nur eine Handvoll polnischer Erde sich in preussischen Händen befindet.“

Wie weit diese Opposition gegen das Abkommen mit Deutschland reicht, geht aus einem Entschluß der linken P. P. hervor, die zur Regierungskommision gehört. Auch diese Gruppe ergreift an die Regierung, unter keinen Umständen auf das Wiederkaufrecht bei den Rentenleistungen zu verzichten.

Der Austritt des Kabinetts Swialski.

Was macht Pilsudski?

D Warschau, 10. Dezember.

Der Mißtrauensantrag der polnischen Sozialdemokraten gegen das Kabinett Swialski ist im Sejm mit großer Mehrheit angenommen worden, und das Kabinett hat darauf die Folgerung gezogen und ist zurückgetreten. Die Frage, wie die Krise gelöst werden wird, ist noch unklar. Man schwankt zwischen dem Plan einer Regierung Pilsudski, die aber von vornherein kaum auf eine feste Mehrheit im Sejm rechnen dürfte, und einem Sinauziehen der Kabinettsneubildung bis nach Weihnachten, um zunächst die Verhältnisse zwischen den Parteien zu klären.

Auch die Äußerungen des Marschalls Pilsudski sind ja noch unverständlich, und wenn der Staatspräsident auch ausdrücklich betont hat, daß eine Regierungstreue nur mit den verfassungsmäßigen Mitteln gesüßt werden solle, so hat doch Pilsudski gerade in letzter Zeit Mißlaß gegeben, daß man ihn mit einem gewissen Mißtrauen bedachtet.

Aus der Debatte des Sejm ist besonders beachtenswert die Rede, die im Namen der deutschen Minderheiten der Vorherrscher der deutschen Fraktion, Landrat a. D. Raumann, gehalten hat.

Er betonte, daß die deutsche Minderheit Polens bei aller Bereitschaft zur Zurückhaltung angelehnt der schwierigen Lage des Landes das Beste herzustellen müsse, daß seine Regierung die Rechte der deutschen Minderheiten nicht rückwärts verlegt habe und das Kabinett Swialski. Die Verdrängung der deutschen Kolonisten in den politischen Doppingriffen, die Art, wie in den früheren preussischen Doppelprovinzen um das Unerhörte gekämpft worden ist, die Unterdrückung des deutschen Schulwesens, die Entziehung des Wahlrechts, alles das seien Vorbedingungen, die das Vertrauensverhältnis der deutschen Minderheit zur polnischen Regierung aufs schwerste erschüttert hätten. Dieser energische Vorstoß der deutschen Minderheit hat das Seine zum Sturz des Kabinetts Swialski beigetragen.

Optimistische Erklärungen Schobers.

Wien, 10. Dezember. Dem Bundeskanzler sind im Zusammenhang mit der Erledigung der Verfassungsreform viele hundert Glückwünsche geschrieben aus dem In- und Auslande zugegangen. Auf verschiedene Anfragen äußerte sich der Bundeskanzler wie folgt: „Ich glaube und bin überzeugt davon, daß auch für unser Land die notwendige Ruhe, die es für den wirtschaftlichen Aufbau zu bringen braucht, gekommen ist. Das Verfassungsproblem soll ja diesem Ziel dienen, und so weit ich die Verhältnisse überblicke, stehen wir am Beginn einer ruhigen und friedlichen Entwicklung. Die Regierung wird jetzt die ganze Kraft in den Dienst der Wirtschaft stellen. Ich werde vorwiegend am 1. Januar nach dem Haag reisen, wo jene Fragen zur Entscheidung gelangen, von denen Erledigung die Voraussetzungen für unsere politische Aktionsfähigkeit nach außen abhängen. Ich kann diesbezüglich nur wiederholen: Die bisherigen Ergebnisse der Verhandlungen, auch in bezug auf die Auslandsanleihe, sind hoffnungsvoll.“

London und Moskau.

London, 10. Dezember. Die Sowjetregierung hat als neues Volkshausgebäude in London das Gunderlanhaus im vornehmsten Wohnviertel von London erworben. Der neue russische Volkshaus, der am Dienstag oder Mittwoch in London erwartet wird, wird jedoch die Volkshausgebäude zunächst von seinem Hotel aus führen, da das neue Gebäude erst gründlich renoviert werden muß. Solotnikow wird wahrscheinlich Anfang nächster Woche dem König sein Beglaubigungsschreiben überreichen. Zur gleichen Zeit wird der britische Volkshaus in Moskau der Sowjetregierung sein Beglaubigungsschreiben übergeben.

Nach Saulus - Paulus.

Ankhow gegen die Rechtsopposition.

7 Moskau, 11. Dezember.

Ankhow sprach zum ersten Male nach dem Abbruch seiner Beziehungen zur Rechtsopposition über die Politik der Partei.

Ankhow erklärte in einer Parteiverammlung, daß er sich vollkommen auf den Boden der Partei gestellt habe und sich an dem Kampf um die Liquidierung der rechtsoppositionellen Bewegung beteiligen werde. Ankhow sprach weiter über die Enttarnung des fünfjährigen Wirtschaftsplans und erklärte, daß dieser Plan mit allen Mitteln durchgeführt werden müsse.

Ankows Rede, die sich sofort gegen die Rechtsopposition richtete, hat in Moskau politische Kreise große Aufmerksamkeit gefunden.

Feng wartet seine Zeit ab.

Unberühmte Verhältnisse in China.

London, 11. Dezember.

Der kürzlich zu den Feinden Kantings übergegangene einflußreiche Meerführer Tangfang hat nach Hantauer Meldungen mit 35 000 Mann China, 160 Meilen von Hantau

entfernt, erreicht. In Ftschang hat die Kantingregierung dagegen einen Erfolg errungen. Die dortigen Rebellen wurden durch die Stadt zum Rückzug gezwungen. Die Rückzugsbefehle durch die Ausländer ist inzwischen vollständig durchgeführt.

General Feng verhält sich wiederum ganz abwartend, um, wie man annimmt, erst dann in Tätigkeit zu treten, wenn nicht nur der Sieger endgültig siegen, sondern auch so fest geschwächt sei, daß Feng keine eigenen Verbindungen zu Hantauern vermag. General Tangfang ist für seinen Rücktritt mit der Begründung bereit, daß kein fähiger Nachfolger vorhanden sei. Er hält überdies an der Auffassung fest, daß die Kantingregierung sehr der militärischen Lage sei.

Aus dem In- und Auslande.

Titelverleihung mit der Reichsverfassung unvereinbar.

Leipzig, 11. Dezember. Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich hat in der Verfassungsstreitfrage zwischen dem Deutschen Reich und dem Land Bayern wegen Verleihung von Titeln jetzt endgültig entschieden: Die Verleihung von Titeln zur Auszeichnung einzelner beamteter und nicht beamteter Personen (Ehrentitel) ist mit Artikel 109, Absatz 4 der Reichsverfassung nicht vereinbar.

Die Dauerlegung des Reichskabinetts.

Berlin, 11. Dezember. Das Reichskabinett, das zusammentrat, um über die Grundzüge der geplanten Finanzreform und über die Gestalt der in dieser Woche über die Finanzfrage abzugehenden Regierungserklärung zu beraten, verlegte sich am Spätnachmittag zu einer kurzen Abendpaule. Um 20.30 Uhr wurden die Beratungen wieder aufgenommen, die erst nach Mitternacht beendigt wurden. Das Kabinett stellte sich einmütig für die Billigung des Finanzplans.

England begrüßt . . .

London, 11. Dezember. Der Beitritt der Vereinigten Staaten zum internationalen Schiedsgerichtshof wird auf englischer Seite allgemein begrüßt. Die „Times“ stellt die Unterzeichnung mit dem amerikanischen Vorschlag in der Frage der Klärenabklärung in eine Linie und bescheinigt beide Schritte als eine willkommene Bewegung zur Sicherung des Friedens.

Indiens Widerstand gegen England.

London, 11. Dezember. Auf einer Tagung des Provinzialkongresses in Madras wurde eine Entschließung angenommen, darin heißt es: „Da die Erklärung des Vizekönigs vollkommen unbefriedigt ist, wird der Lokore-Kongress aufgerufen, die in Kalcutta angenommene Entschließung, in welcher der allgemeine Widerstand bis zur Eröffnung des Dominion-Status gefordert wurde, durchzuführen. Der Kongress hat, gegen Angebot eines allgemeinen Kongresses mit Vertretern der britischen Verwaltung abgesehen.“

Kleine politische Meldungen.

Das Reichsministerium des Reichstags zugegangen. Der Gesandtschaftsleiter der Reichsminister des Reichstags und der Reichsminister (Reichsminister) ist jetzt auch dem Reichstag zugegangen.

Wichtig Dr. Schreier beim preussischen Ministerpräsidenten. Der neue Ministerpräsident der Provinz Berlin, Wladimir Schreier, hat dem preussischen Ministerpräsidenten Dr. Braun seinen Antrittsbesuch ab.

Amerikanische Zehrer nach China beordert. Da die amerikanische Regierung die Lage in China für gefährlich hält, sind sechs Zehrer von Manila nach Shanghai beordert worden.



Als Werbe-Ausgabe

wird die nächste Nummer des „Neuer Anzeiger“ in einer erhöhten Auflage in den Orten der Umgegend zur Verbreitung gelangen. — Die Geschäftsinhaber werden auf diese günstige Gelegenheit ihre Werbungs-Angebote zweckmäßig benutzend, aufzuerufen gemacht. Größere Anzeigen für diese Nummer bitten wir im Laufe des Donnerstags aufzugeben, damit eine wirkungsvolle Ausstattung derselben ermöglicht wird.



Aus der Umgegend

Nebra, 12. Dezember.

Kirchliches. Wie alljährlich findet am Freitag, den 13. d. Mts., abends 8 Uhr im Gemeindefaule eine kirchliche Gemeindeversammlung statt. Es wird hier Gelegenheit gegeben, daß auch solche Gemeindeglieder, die nicht zu den kirchlichen Anwesenheiten gehören, ihr Interesse an der kirchlichen Arbeit bekunden und auch ihrerseits Anregungen geben. Neben den Mitgliedern der kirchlichen Körperschaften sind also alle, die ein Herz haben für das Gemeindefaule unserer Gemeindearbeit, herzlich eingeladen.

Weihnachtsbesetzung. Wie alljährlich, so spielte auch diesmal wieder die im Wohnort in müde werdende Gutschterschaft des Altmüßers Nebra den lieben Weihnachtsmann für die zahlreiche Kinderzehr der auf dem Gute beschäftigten Angestellten- und Arbeiterfamilien. Die Feiern fanden in den Wohnräumen des Dienstherrn in dem weihnachtlich geschmückten Gemeindefaule statt und es hatten sich dazu die Eltern mit ihren Kindern und eine Anzahl lieber Gäste eingefunden. Gelang bekannter Weihnachtslieder, Ansprache, und vor allem der Vortrag des trauten Weihnachtsbuches brachten hohe Weihnachtsstimmung in die Herzen der Kinder und Eltern und als vollkommene die Verteilung der sorgfältig vorbereiteten Geschenke erfolgte, da keine trüber Nebel ein, der aber auch ein herrliches Danken der Gutschterschaft gegenüber auslöste und viele hochherzige Spenden des hoch geehrten Gutschterschaften den Benefiziaten der Besetzung die Gemüths, hoch anfrichtiger Dank auch heute noch festverankert hat, besteht, wo die Lebens- und Schicksalsgemeinschaft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer einen christlichen Charakter zur Grundlage hat.

Sturm. Der vom Atlantischen Ozean, den den Küstengebiet England und Nordbrunfels gemeldet Sturm hat jetzt — wenn auch in abgeklungener Stärke — sich auf dem Festlande bemerkbar gemacht. In den beiden letzten Nächten steigerte sich der

Wind zeitweise zum Orkan an und rüttelte gewaltig an Telegraphenmasten, Bäumen und Dächern, auch eine etwas höhere Temperatur hat der starke Wind mit zugeführt. Wenn das Füllen des Thermometers weiter anhält, dürfen wir noch auf einen Fall der Wechsellagen rechnen, jedoch das liebe Christfest ist in den meisten Fällen bei klarem Schnee und weißer Nacht.

Obstbau-Vertragsverhandlungen. Die Obst- und Gartenbauvereine des Kreises Querfurt verhandeln mit Unterstützung der Obstbau-Inspektion Baumberg a. S. der Subkommunalverwaltung am Sonntag, den 14. Dezember 1929, um 10 Uhr im Hotel „Zur Sonne“ in Querfurt eine Obstbau-Vertragsverhandlung mit folgender Tagesordnung: 8 1/2 - 9 1/2 Uhr: Generalfestbesprechung der Vereinsvorstände; 10 Uhr: Eröffnung der Verhandlung durch Herrn Landrat Dr. Wandersleb-Querfurt; 10 1/2 - 11 1/2 Uhr: Welche praktischen Maßnahmen müssen zur Vereinhaltung des Obstbaues von allen Obsterzeugern mit Beschleunigung durchgeführt werden? (Vortragender: Herr Oberlandwirtschaftsrat Patsch-Galle a. S.); 11 1/2 - 12 Uhr: Aussprache; 12 - 2 1/2 Uhr: Die Zusammenfassung des Obstbaues als Grundlage für die zukünftige Obsterzeugung (Vortragender: Herr Distrikts-Inspektor Welschert-Raumberg); 2 1/2 - 3 1/2 Uhr: Aussprache; 3 1/2 - 4 1/2 Uhr: Schlußwort des Vorsitzenden des Obstbauvereins Querfurt, Herrn Landwirtsch. Rat Welschert-Querfurt. Gleichzeitig verhandeln die Obstbauvereine Querfurt eine kleine Obstrentenbau von Winterobst, unbekanntes Sorten werden nach Möglichkeit mit Namen versehen. Einblendungen von Obstsorten, auch von anderen Vereinen (4 bis 5 Früchte von jeder Sorte) bis höchstens zum Verkaufsstage um 8 1/2 Uhr erbeten an Hotel „Zur Sonne“ in Querfurt. In den Vorträgen werden in erster Linie alle besagten Punkte behandelt werden, für alle Obstbauvereine, also auch für die Gemeindevorstände, unter den heutigen Verhältnissen von besonders großer Bedeutung sind. In Anbetracht dessen, daß der Obstbau im Kreis Querfurt sowohl den privaten Obstbauern als auch den Gemeinden ganz erhebliche Zuschüsse zu den hohen Erträgen von bringen inlände ist, wird erwartet, daß aus allen Gemeinden die Obstbauvereine recht zahlreich an der Verhandlung teilnehmen werden.

Für Bäckereien. Für den Kreisbezirk Merseburg hat der Gemeinderat genehmigt, daß am Sonntag, den 22. Dezember, in sämtlichen Bäckereien gerastet werden darf. Die Arbeitszeit während 8 Stunden nicht überschreiten und muß bis 16 Uhr beendet sein.

Richtschüsse. Am Mittwoch in W. entfiel der Mißwagen, welcher die Milch von hier nach der Molkerei in Garbsdorf bringt, unter dem Benennung Folge einen Unfall. Als das Gefährt an einem Auto vorbeifuhr, schenkte plötzlich die Pferde, und hoben ab. Dabei schlug der Wagen um, und 260 Liter Milch flossen auf die Straße. Hauptsächlich nennt man nun diese Straße „Milchstraße“.

Laucha. Ein Bremnerarbeiter geriet auf der Nachhaustraße von der Arbeit mit seinem Fahrrad vom Wege ab und fiel in die Laucha. Schuld an dem Unfall war die aufgewickelte Erdoberfläche. Ein Kreisbesatz zog den Schwimmschwimmern in Laucha auf.

Halle. Ein Kind in den Leberstrasse. Die eine große Arbeit gegenüber ihrem Kind verübte eine Frau aus der Ludwig-Wucherer-Straße. Weil die zehn Jahre alte Tochter beim Mittagessen eine gefüllte Schüssel auf dem Tisch umgeworfen hatte, sperrte die Mutter das Kind in den Leberstrasse und verließ dann die Wohnung, um Einkäufe zu besorgen. Als der Vater gegen Abend von der Arbeit heimkehrte, fand er das arme Kind fast erstickt vor. Erst nach langen ärztlichen Bemühungen konnte das Kind wieder ins Leben zurückgerufen werden.

Halle. Nicht „Raffran“. In dem Sportvereinigung. Zu den Verhaftungen der 8 Fälle des illegal weiterbehaltenen Rottrompfämpfers des Gau Halle-Verkeim wird uns ergänzend mitgeteilt, daß die Beschlüsse nach eingehendem Verhör wieder entfallen werden sind. Eine Verurteilungsgeschichte besteht nicht, da allen Verhafteten Untersuchung gefolgt sind, während sie sich noch im Gefängnis befanden. Die Ergebnisse dieser Hausungen stehen zum Teil noch aus, doch ist an Hand des bisher gesicherten Materials einwandfrei festgestellt worden, daß der Rottrompfämpfer trotz der Verurteilung weiterlebt. Die ganze Verurteilung in der „Goldenen Kette“ war als die Kontinuität einer „Sportvereinigung“ aufgezogen, die natürlich überhaupt nicht existiert. Die eigentliche Sitzung sollte in einem anderen Lokal stattfinden. Die Angelegenheit wird weiter verfolgt.

Gröbers. Vier Arbeiter beim Abbruch verunglückt. Beim Abbruch der Zuerdierturte kürzte eine Arbeiter ein Vier Arbeiter wurden von den Ziegelsteinen getroffen und verletzt. Sie tragen Rippenbrüche und Kopfverletzungen davon. Sie wurden dem Krankenhaus Halle zugeführt.

Dasig b. Merseburg. Der Vater findet die Leiche seines Sohnes. In der Nacht fand man den 17-jährigen Tischlerlehrling Kurt der Straße liegend auf seiner elterlichen Wohnung auf der Straße liegend auf. Die sofortige ärztliche Untersuchung ergab, daß der junge Mann auf dem Nachhauweg von einem Ferkelstich getötet wurde, der den sofortigen Tod zur Folge hatte. Ein tragisches Geschick wollte es, daß der Vater des Verunglückten kurze Zeit danach, ebenfalls auf dem Nachhauweg, die Leiche seines Sohnes aufnahm.

Bestwig (Anhalt). In der Badewanne ertrunken. Die Ehefrau des Kaufmanns Wilde, die bereits tagüber mehrere Schwimmanfälle gehabt hatte, nahm abends ein Bad. Als dem Dienstmädchen wegen des langen Ausbleibens der Frau W. Bedenken kamen, wurde das Badewanne geöffnet. Frau W. war, offenbar in einem neuen Schwimmanfall, mit dem Gesicht ins Wasser gesunken und war bereits tot.

Erurt. Sich auf die Schienen gelegt. Auf den Schienen der Eisenbahn hatte sich nachts in der Nähe des Bahnhofs Bihleben der Techniker Fritz Schwalbe aus Halle a. S. vom Zuge überfahren lassen. Er wurde am Markt tot aufgefunden.

Zeitz. Wogen auch Stadterhaltung. Durch das Landesvermögen wurde bei der Anspruch von Notstandsarbeiten, die der Treuherren Magistrat in früheren Jahren ausführen ließ, festgestellt, daß die mit den Arbeiten beschäftigten Erwerbslosen nicht aus der Arbeitslosigkeit gelassen werden sind, und daß infolgedessen die Stadt die Beiträge für die Erwerbslosenunterstützung weiter übernehmen erhalten hat. Das Geld ist leistungsfähig bei der Stadtparisse auf die verbleibenden Baufonten verbucht worden, u. a. auch auf das Konto für das Kriegereidmal. Man gungen hat die Stadt etwa 800 Mark zu Unrecht erhalten, die nunmehr zur Verfügung gestellt werden sollen. Ferner wurden die zu niedrigen Zinssatz aufgenommenen Refinanzierungen von 5120 Mark umgebend zurückgezahlt werden.

Silbberhauen. Von den Rädern getötet. In der Nacht ereignete sich auf dem Bahndamm bei Schöden-der ein bedauerlicher Unglücksfall. Bei einem der Möbeltransporte einer Firma aus Wajungen fiel ein mitfahren-der Vater aus dem Wagen, glitt auf der aufgeweichten Straße aus und kam unter die Räder. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß er sofort starb.

Sobelenin. Eine alte Urkunde. Ein hiesiger Einwohner fand kürzlich eine umfangreiche Urkunde, die für die Geschichte unserer Stadt von nicht unerschöpflicher Bedeutung ist. Sie enthält ein umfangreiches Register einer Handwerksinnung und beginnt mit dem Jahre 1564. Dem Familienforscher bietet sie wertvolle Hinweise und gibt auch interessante Aufschluß über das Sannungswesen. Die Einbanddecke, ein Pergamentstück mit Inschriften und Bildnissen verdient ein besonderes Interesse. Das älteste Schriftstück ist ein, welches in unserer Stadt existiert.

Mühlhausen. Das ist der Gemeininnig. Anlässlich eines Brandunglücks im benachbarten Allentoten, durch das der erbberechtigte Vorfahre Friedrich Mühlner schwer verletzt wurde, wurde von der Gemeindeförderung eine Sammlung veranstaltet, die den ansehnlichen Betrag von 245 Mark erbrachte.

Selbstmord. Ein Leben nach der Erde. Vor einigen Tagen gemeldet wurde, monach der Sohn des Arbeiters Malcha aus Mühlenthal entweder verbrannt oder in die Fremdengegend verschleppt worden ist, hat jetzt keine Aufklärung gefunden. Die Schwester des jungen Mannes, die in Halberstadt eine Dienststelle hat, hatte ein Verhältnis mit einem Soldaten in Quedlinburg. Um von der Herrschaft die Erlaubnis zu einem freien Sonntagausflug zu bekommen, und um den wahren Grund ihrer Reise nicht anzugeben, erforderte sie die mitgeteilte fälschliche Geschichte. Laut meidend erließ sie bei ihrer Herrschaft, ergründete den Vorgang und teilte gleichzeitig den Tag der Verlobung mit. Angelangt war sie vor Schmerz geradezu schlaflos, und ging auch zum Seihenbegangnis — nämlich zu ihrem Freund in Quedlinburg. Die veröffentlichte Zeitungsmeldung hat zu der Entlarzung des Mädchens geführt, das nach langem Leugnen ihre ganzen Angaben widerriß. — So, die Liebe macht ersticklich.

Junge aus Rache beschuldigt?

Das Mädel des Gräntenthaler Doppelmordes.

Nach Meldungen aus Gräntenthal stellt der Detektivromaner Jange, den die Polizei bekanntlich der Mitternacht auf der Ermordung des Ahrenschneppens beschuldigt hatte, jede Teilnahme an der Verbrechen. Er bezieht die Beschuldigung als einen Irrtum.

Tatsächlich betont auch der Oberstaatsanwalt von Rudolstadt, daß Jange keine Schuld nicht als Mörder bezeugt werden könne, als seine Schuld nicht nachgewiesen ist. Man weiß darauf hin, daß die Aussagen der Polizei den Jange als einen Gefährlichen bewertet werden können. Auch die Kriminalisten halten es für durchaus möglich, daß die Polizei ihre Aussagen doch wieder zurückzieht. Ihre Aussagen seien daher mit Vorsicht anzunehmen, eben, wie die vielen Hinweise, die jetzt zugunsten aus der Gräntenthaler Bevölkerung der Kriminalpolizei gegeben werden.

Bei seinen letzten Vernehmungen verlangte Jange dringend, der Polizei gegenüber gestellt zu werden. Er kann je zwar sehr gut, denn sie war eine Freundin seiner Schwester. Aber mit Bezug auf den Mord weiß er jede Verbindung mit ihr weit von sich. Auch Werner hat bisher jede Teilnahme an dem Gräntenthaler Mord in Abrede gestellt.

Verbrecherisches Treiben eines Gemeinbediensteten.

Der Tätigkeitsverlauf des Salines brachte es an den Tag. In Schwemmen bei Mülsen ist man einem 31-jährigen Verbrecher in Verbindung mit Aufschuß, Vater von mehreren Söhnen und Töchtern, wurde unter der Beschuldigung, an seinen beiden Töchtern Blut schände und Schilf zu rauchen, verurteilt. Er hat sich, verurteilt. Die Ermittlungen ergaben, daß J. in seiner älteren, jetzt 20-jährigen Tochter, sich bereits seit ihrem elften Jahre vergangen und auch die jüngere Wichtige ebenfalls schon wiederholt mißbraucht hatte. Inzwischen ihm und seinem Sohn in es deswegen zu jenseitigen Auseinandersetzungen gekommen, in deren Verlauf der Sohn dem Vater sein Verbrechen vorstellte und auf ihn einen Schuß abfeuerte, der jedoch kein Ziel verfehlte und durch die Fensterkassette ging. Der Sohn erkrankte daraufhin an Lungenerkrankung. Der ernstlichste Vater wurde nach seiner polizeilichen Vernehmung in Mülsen in das Untersuchungsgefängnis nach Torgau überführt.

Schweres Eisenbahnunglück in Namur

Bisher 18 Tote, über 30 Verletzte.

Brüssel, 11. Dezember.

In Namur ereignete sich ein schweres Eisenbahnunglück. Bei der Einfahrt in den Bahnhof entgleiste der Personenzug, der um 5.42 Uhr die belgische Hauptstadt verließen hatte. Bis jetzt sind 18 Tote, viele Verletzte verzeichnet, unter den Trümmern herangezogen worden. Die genaue Zahl der Verletzten steht noch nicht fest; sie übersteigt aber auf alle Fälle 30.

Der entgleiste Zug war sehr stark mit Arbeitern besetzt. In voller Geschwindigkeit sprang die Maschine, wohl infolge einer nicht funktionierenden Weiche, plötzlich aus dem Gleis und führte um. Die Geschwindigkeit des Zuges war so groß, daß sich die folgenden vier Wagen, die in Belgien für betriebsfähige Züge leicht gebaut sind, ineinanderstießen. Drei Wagen, in dem Unfall nicht übermäßig stark bezeugt waren, wurden völlig zertrümmert.

Riesenfeuer in einem Kinetoskop.

Hamburg, 11. Dezember. In den Wahnwahreräumen der Manhattan Film Comp., wo ein Kinetoskop-Apparat gebohrt wurde, brach plötzlich ein Riesenfeuer aus, das mit ungeheurer Schnelligkeit um sich griff, da es an Filmstreifen und Papierrollen reichlich Nahrung fand. Fünf Männer und vier Frauen verbrannten, während viele andere Personen schwer verletzt wurden, da sie aus den Fenstern springen mußten, um sich zu retten. Wegen der starken Rauchentwicklung konnte niemand den Raum durch das Treppenhäuschen verlassen. Die Riesenflamme verzehrte die Wände, die Man vermittelte, daß sich unter den Trümmern noch weitere Opfer befanden.

16 Gebäude abgebrannt.

Großfeuer bei Rudolstadt.

Abends gegen 21 Uhr brach in Teichel bei Rudolstadt ein Großfeuer aus, das bei der direkt zur Brandfläche stehenden Windrichtung mit rasender Schnelle um sich griff und in kaum mehr als einer Stunde 16 Gebäude in Schutt und Asche und ein Stallgebäude in Asche legte. Den einzigen Anstrengungen von vierzehn Feuerwehren gelang es, nach einleitender schwerer Arbeit den Brand auf seinen Herd zu lokalisieren.

Abflutung des starken Sturms.

Hamburg, 11. Dezember. Der starke Sturm, der im Norddeutschen Gebiet in der Nacht noch bis zur Windstille 12 anhielt und den Schiffverkehr bei Cuxhaven völlig zum Stillstand gebracht hatte, hat fast nachgelassen, so daß die Schifffahrt wieder in Gang gekommen ist. Die auf der Unterelbe vor Anker gelegenen Schiffe haben jetzt größtenteils ihre Ausfahrt fortgesetzt. Auch sind von See bis Mitztag bereits 45 Schiffe aller Größen in den Hamburger Hafen eingelaufen.

Kleine Chronik.

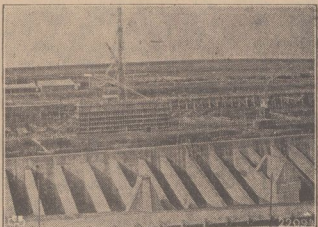
Grubenunglück in Lothringen. Im Schacht „Glück auf“ bei Deutsch-Lothringen ist eine ganze Belegschaft von zwanzig Mann im Stollen durch Einsturz der Gesteinsdecke verhaftet worden. Der Einsturz ereignete sich etwa eine halbe Stunde nach der letzten Sprengung, als die Arbeiter eben wieder ihre Arbeit aufnehmen wollten. Die meisten wurden unter den Leeren Zug gedrückt, den sie beladen sollten. Bisher sind zwei Tote und ein schwerverletzter geborgen worden.

Der Klempnergefelle mit fünf Bräuten als Frauenarzt. Die Wiener Sicherheitspolizei hat einen interessanten Kriminalfall aufgeklärt. In der Person eines Klempnergefellen wurde ein Hochstapler gefaßt, der verhaftet. Der Mann hatte sich als Frauenarzt ausgegeben und übte in Wien eine regelrechte Krankenbehandlung aus. Bisher konnte festgestellt werden, daß er nicht weniger als 60 Kranke behandelt hat. Außerdem betätigte er sich als Heiratsmakler und hat eine Anzahl heiratsfähiger Mädchen um größere Beträge gefaßt. Bei seiner Festnahme wurde ein Preisversteigerung befristet, dem er zugleich mit fünf Bräuten führte.

Explosion in einer spanischen Pulverfabrik. In einer Pulverfabrik bei Oviedo wurden durch Explosion fünf Arbeiter getötet und mehrere Arbeiter und Arbeiterinnen schwer verletzt.

Deutsche Volkspartei, Landesverband Halle-Merseburg.

Die aus allen Teilen des Wahlkreises zahlreich besuchte Vorstandssitzung des Landesverbandes, der eine Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses vorrangig, tagte am Samstag, 7. Dezember, in Halle im Hotel Hohenzollernhof. Sie beschäftigte sich zunächst mit der Parteiführerfrage, über die der Landesverbandvorsitzende, Stadtmobilmann Dr. Schnell referierte. — Im Anschluß daran hielt der Reichstagsabgeordnete des Wahlkreises, Dr. Gremer einen eingehenden mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über die gesamte innen- und außenpolitische Lage. Im einzelnen behandelte der Redner die sich aus dem Youngplan ergebenden weiteren Verhandlungen. Im Rahmen der Ausführungen über das polnische Liquidationsabkommen freilich er unter Berücksichtigung innerer finanzieller Verhältnisse in Polen die gesamte handelspolitische Einmischung. Zur Wirtschaft, Steuer- und Finanzreform legte Gremer unter Benutzung seines Vortrages zur Beratung kommt, ein reiches Programm über die weitere Arbeit der Partei vor. Seine Ausgabe eine Deutung, scharfe Wortarbeit von oben bis unten ist notwendig. Die Deutsche Volkspartei werde ihren für richtig erkannten Weg der politischen Mitarbeit zur allgemeinen Gefühlszielbewusst weitergehen, dessen Möglichkeit weiter für bisher fernliegende Kreise je, insbesondere auch der jungen Generation, anerkennt.



Die Meisenkleine in Bremerhaven im Werden. Die zweitgrößte Seeflotte der Welt nach der in Amerika. Die Kammer der Schiffe wird eine Flotte von 372 Metern sein. Durch sie werden selbst die größten Schiffe der Welt sicheren und bequemen Zugang zu den Binnenhäfen Bremerhavens finden.

Bei den Flüchtlingen im Hapagheim.

Ein Besuch im Lieberkeheim der Hamburg-Amerika-Linie in Hamburg ist bedeutsam von besonderem Wert. Man tritt für eine Stunde in völlig andere Umgebung. Hüner und Pavillons, verschiedene Kirchen, die Wellfahr, deren leuchtende Farben eine ganze Front einnehmen, dazu Wälder von großen Schiffen und zwischen all dem die Menschen, die bald den Süds, bald den Norddeutschen erkennen lassen — sie um Stand, daß hier die Stadt derjenigen ist, die Europa verlassen. Eine Stadt, in der alles aufs Beste bestellt ist. Und dies zu sehen, macht Freude. Auf den langen, baumbelasteten Straßen gehen sie umher: junge kräftige Mädchen und Mädchen, aber auch ältere Leute schon. Doch alle mit Mut und Anschlußarbeit und mit Zuersting im Bild. Gewiß würden sie auf Befragen manches Schicksal vor uns entrollen, aber unser Hiersein hat heute nicht ihnen.

Von hier her werden dieser Tage die ersten deutsch-russischen Flüchtlinge ein, manövriertes Stammschiff aus Schonen, dem Wolgasthafen oder der Riga, die Deutschland nie gesehen und noch keine Sprache fließend beherrschten. Nachkommen niederländischer Bauern mit Namen wie Dirksen, Gütchsen, Janßen u. a.



Beladen mit Säcken und Koffern, die ihres letzte Tage bergen, treffen sie die ersten deutsch-russischen Flüchtlinge im Lieberkeheim der Hapag ein.

Der Leiter des Heims, ein ehemaliger Kapitän, führt uns zu ihnen, spricht zu ihnen wie ein Vater, daß ihre Gefährter hell werden soll Freunde und Dank. Bereitwillig geben sie auf unsere Fragen ein. Grabstätten sind schlicht und einfach von ihrem Schicksal, das sie



Ein kleines Lied der Kinder macht einen Augenblick lang die Sorgen der Eltern vergehen.

nach monatelanger Wanderarbeit endlich hierhergefahren. Das große Zeug, das sie tragen, dazu Bekleidung und molles Kopftuch, sind oft ihre einzige Habe. Aber sie sind gut aufgehoben hier, die fröhliche Linge; schälen in hellen, lustigen Räumen und erhalten in hübsch ausgestatteten Speisekassen vorzügliche Kost. Wohnen vornehmst dem Gottesdienst des Gedenksdiensts der Verstorbenen bei und nachmittags oft dem Konzert einer Vorderkammer oder einer Schiffskapellensänger. Außerdem soll ihnen Unterricht in den Sprachen ihrer zukünftigen Bestimmungsländer erteilt werden. Abends sitzt alles in Gruppen bestimmend. Man sieht ordentlich, wie wohl die langentbehrte Blüte tut. Einige haben hervor, was militärische Hände spendeten: Tabak, Zigaretten, Strümpfe. Und eine Menge der Valaisata erkringt.

Selma Lagerlöf: Gösta Berling.

Aus dem Schwedischen überlegt von Margarethe Langst. Volsverband der Bücherfreunde, Begewerter-Verlag G. m. b. H., Berlin-Charlottenburg 2. Durch dieses Werk ist die kleine schwedische Dichterin über Nacht zur berühmtesten Dichterin Schwedens geworden, es hat die höchste literarische Anerkennung der Werke der gesamten Welt und den Nobelpreis eingetragen, und ist in die meisten lebenden Sprachen überlegt worden. Aus alten Geschichten und Erzählungen, die sie mäßig lammelte, hat Selma Lagerlöf eine Romanhandlung von mannbereitester Romanik geschaffen. Ihre dichterische Phantasie und Gestaltungskraft hat diese Volksgeschichte in ein Kammerwerk von so matterer und fridatrunder Schönheit umgewandelt, daß die Welt das schönste schwedische Land und seine prächtigen Gestalten gemissermaßen zu entdecken glaubte. Die Leidenschaft, die großartige Lebensverfehlung Gösta Berlings und der Romane von Gösta, der unermessliche Reiter, der die Frauen dieses Landes umarmt, wird jedem unerschöpflich bleiben. Auch diese Ausgabe gestaltet sich wieder durch eine vornehmlich schöne Ausstattung und durch den eschaunlich geringen Preis aus, (Guldenband 3,70 M.). Zwei Eigen-Gesellschaften, die jedes 3. B. Buch ferngegründen.

Thüringer Operetten-Theater
 Freitag, den 13. Dezember, abends 8^{1/2} Uhr
 im „Schützenhaus“:
 Eintritt frei Großer Werbeabend Eintritt frei
Krone und fessel
 Senations-Schauspiel in 5 Akten von Zug.
 Zur Deckung der Unkosten wird an der Abendkasse nur ein kleiner Betrag erhoben.

Weihnachten ist nahe!
Ihre Geschenke
 kaufen Sie vorteilhaft bei
R. Barthel.

Drucksachen
 aller Art
 in geschmackvoller, sauberer
 Herstellung liefert billigst die
 Buchdruckerei W. Sauer
 Roßleben

Albert Flemming - Naumburg a. S.
 Möbeltransport-Spezialgeschäft
 empfiehlt sich
 zu Umzügen und Möbeltransporten jeder Art.
 Befuche vollständig kostenlos und unverbindlich.
 Engelgasse 5 // Fernsprecher 5 // Begründet 1862

Öffentliche Stadtverordneten-Versammlung,
am Freitag, den 13. Dezember 1929, abends 8 Uhr
im Gasthof „Weißes Roß“.

- Z Tagesordnung:
1. Kenntnisnahmen.
 2. Beschlußfassung über den Antrag der Siebler am Reinsdorfer Weg auf kostenlose Leitung der elektrischen Lichtleitung.
 3. Beschlußfassung über den Antrag auf Verkauf von Baugelände an der Gärtner Hermann Straße.
 4. Anstellung des Kapellmeisters Stein als Stadtmusikdirektor.
 5. Beschlußfassung über den Antrag des P. H. B. Benz auf Zahlung des Arbeitslohnes nach den staatlichen Richtlinien.
- Nebra, den 10. Dezember 1929.

Der Stadtverordnetenvorsteher. M a b.

Verordnung

zur Durchführung des zweiten Volksentscheids.

Auf Grund des § 4 des Gesetzes über den Volksentscheid vom 27. 6. 1921 (R. G. Bl. S. 790) und des § 18 der Reichsfinanzordnung vom 14. 8. 1924 (R. G. Bl. 1924 S. 173) wird auf Befehl der Reichsregierung hiermit verordnet:

§ 1.
Nachdem der Reichstag in seiner Sitzung vom 30. November 1929 den im Volksbegehren verlangten, nachstehend abgedruckten Entwurf eines Gesetzes gegen die Verflämung des Deutschen Volkes abgelehnt hat, wird dieser Gesetzentwurf zum Volksentscheid gestellt.
Gegenstand des Volksentscheids ist die Frage, ob der im Volksbegehren verlangte, vom Reichstag abgelehnte Entwurf eines Gesetzes gegen die Verflämung des Deutschen Volkes Gesetz werden soll.

§ 2.
Die Abstimmung findet am Sonntag, den 22. Dezember 1929 statt.

§ 3.
Der Stimmzettel erhält folgenden Ausdruck:

Soll der im Volksbegehren verlangte Entwurf eines Gesetzes gegen die Verflämung des Deutschen Volkes Gesetz werden?

Ja	Nein
○	○

Die Stimmabgabe erfolgt zweifach in der Weise, daß der Stimmberechtigte, der die zur Abstimmung gestellte Frage bejahen will, das mit „Ja“, der Stimmberechtigte, der sie verneinen will, das mit „Nein“ bezeichnete Kreuz durchkreuzt, möglichst in der Weise, daß er ein Kreuz in den vorgezeichneten Kreis setzt.

Die Stimmlisten und Stimmzettel sind auszugeben vom 8. bis einschließl. 15. 12. 1929, in Bayern und in Thüringen vom 12. bis einschließl. 15. 12. 1929.

Die Gemeindebehörde kann die Auslegung schon früher beginnen lassen.

Berlin, den 30. November 1929.

Der Reichsminister des Innern: Seubert.

Entwurf

eines Gesetzes gegen die Verflämung des Deutschen Volkes.

Das Deutsche Volk hat auf Volksbegehren im Volksentscheid das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird.

§ 1.
Die Reichsregierung hat den auswärtigen Mächten unverzüglich in feierlicher Form Kenntnis davon zu geben, daß das erwähnte Kriegsschuldenabkommens des Verfallers Vertrages der geschichtlichen Wahrheit widerspricht, auf falschen Voraussetzungen beruht und völkerrechtlich unverbindlich ist.

§ 2.
Die Reichsregierung hat darauf hinzuwirken, daß das Kriegsschuldenabkommens des Artikels 231 sowie die Artikel 429 und 430 des Verfallers Vertrages förmlich außer Kraft gesetzt werden.

§ 3.
Sie hat ferner darauf hinzuwirken, daß die besetzten Gebiete nimmermehr unverzüglich und bedingungslos, sowie unter Ausschluß jeder Kontrolle über deutsches Gebiet geräumt werden, unabhängig von Annahme oder Ablehnung der Vorschläge der Haager Konferenz.

§ 4.
Auswärtigen Mächten gegenüber dürfen neue Forderungen und Verpflichtungen nicht übernommen werden, die auf dem Kriegsschuldenabkommens beruhen.

§ 5.
Demunter fallen auch die Kosten und Verpflichtungen, die auf Grund der Vorschläge der Pariser Sachverständigen und nach den daraus hervorgehenden Vereinbarungen von Deutschland übernommen werden sollen.

§ 6.
Reichsstatthalter, Reichsminister und deren Bevollmächtigte, die entgegen der Vorschrift des § 3, Abs. 1. Verträge mit auswärtigen Mächten schließen, unterliegen den im § 92 Nr. 3 StGB. vorgesehenen Strafen.

§ 7.
Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.

Veröffentlicht:

Nebra, den 10. Dezember 1929.

Der Magistrat. J. B.: Metz.

Freitag, den 13. Dezember, abends 8 Uhr:

Kirdil. Gemeinde-Versammlung
im Gemeindefaal.

Arbeits-Bericht des Gemeindefaalsrats.
Besprechung kirchlicher Fragen, Ausherrung von Wünschen.
Zeitanabmeberechtigt die 24 Jahre alten evangel. Gemeindeglieder, die seit 3 Monaten hier wohnen und zu den kirchlichen Kosten ordnungsmäßig beitragen.

Spargelder

verzinst zu günstigsten Sätzen

Bankverein Artern, Spröngerts, Büchner & Co. Abtlg. Nebra a. U.
Kom.-Ges. auf Aktien,

Zum bevorstehenden Weihnachtsfest

empfehle

sämtliche Backwaren

in nur guten Qualitäten und verschiedenen Preislagen. Unter anderen:

Bittere Mandeln — 1/2 Pfd. von 45 Pfg. an

Obst- und Gemüsekonserven

wie: Pfäumen, Mirabellen, Erdbeeren u. a. Kirschen, die 1/2-Dose nur 1.20 Mk.

Leipziger Mleelei

in der Breklage von 80 Pfg. bis 1.50 Mk.

Junge Erbsen, ff. Spargel usw. usw.

Diverse Spirituosen

wie: Weinbrand, Weinbrandverschnitt, Jamaika-Rum-Verschnitt, Arrac, Alten Korn, Feldmann, Liköre in großer Auswahl in Flaschen und ausgemessen.

Wal- u. Haselnüsse, Lebkuchen, Pfefferkuchenstücken

Baumbehang usw. usw.

Nebra Wwe. Meiß

Im Schützenhaus

Sonntag, den 15. Dezember, abends 8 Uhr
bei gutgewähltem Programm

Großes Einführungs-Konzert
der neuen Stadtkapelle.

Anschließend **Tanzkränzchen**

Um zahlreichen Zuspruch bitten

Musikdirektor Stein / Schützenhauswirt Janda

Photograph BACH

Reinsdorf b. Vitzsburg

empfiehlt sich für

photograph. Aufnahmen
jeder Art.

Komme auf Wunsch ins Haus. — Fernspr. Amt Nebra 197



Schutz

Vor plötzlichem Temperaturwechsel bieten Ihnen die wärme- und kräftebildenden Kaiser's Brust-Caramellen. Als vorbeugendes und sicheres Mittel bei Husten und Keuchhusten haben sie sich in mehr als 40 Jahren bewährt. Über 15.000 freiwillige Zeugnisse beweisen ihre Güte und Unschädlichkeit. Beutel 40 Pfg. Dose 90 Pfg. Nehmen Sie nichts anderes als

Kaiser's Brust-Caramellen

mit den 3 Tannen.

Su haben bei: Alex-Dragerie

W. Gutsamths, Nebra;

Aug. Velsch, Nebra

Chronik von Nebra

1.80 Mark

in

Buchhandlg. Scharf

vorrätig.

Weihnachtsgeschenke

für Jung und Alt:

Bilderbücher, Malbücher, Jugendschriften
Romane, Klassiker, Reisebeschreibungen
Kalender, Kunstmappen • **Bilder**
zu bekannt billigen Preisen. Als Beispiel:
Schlafzimmerbilder in Bronze- oder Blattgold-
rahmen 130x63 cm = 27.- RM.

Spielwaren wie: Dampfmaschinen
Dynamobile, Eisenbahnen, Burgen, Küchen
Pferdeställe, Kaufläden, Puppenstuben, Tiere
Rollwagen, Instrumente usw. in großer Auswahl.

Sprechapparate und Schallplatten

Kofferapparate 30.-, 40.-, 62.-, 95.- und teurer
Kinderapparate 6.50 Mk. und teurer
Polyphonapparate 70.-, 100.- und teurer

Schallplatten in großer Auswahl zu 90 ¢,
1.50, 2.-, 3.- und teurer bis zu 13.75 Mk. ■

Christbaumschmuck

Glaskugeln, Spitzen, Lametta, Lichthalter
Engelhaar, Schaumgold, Feenhaar usw. ■

Baumbehang

aus Zucker, Schokolade in allen Preislagen

Pralinen lose und in Geschenkpackungen

Tafelschokolade von 25 bis 70 Pfg.

Zigarren, Zigaretten, Raud- und Kau-Tabak

Zigaretten- und Zigarettenspitzen, Tabakspfeifen
kurz, halblang, ganz lang, Tabaksdosen

Spazierstöcke für Erwachsene und Kinder.

Walter Scharf, Nebra

DAS BESTE
und billigste

MEHL

liefert die

Stadmühle Nebra a.U.

Denken Sie an Ihre Weihnachtsreklame!

10 Schlagler 10

die unsere Leistungsfähigkeit beweisen

Baumbehang

1/2 Pfund nur 35 Pfg.

Mandeln, süß

(handverlesen) 1 Pfund nur 1.1. 50

Resten m. Kern

1 Pfund nur 50 Pfg.

Kofosfett

1 Pfund nur 60 Pfg.

Margarine

1 Pfund nur 55 Pfg.

Kakas, leichtlöslich

1 Pfund nur 78 Pfg.

Block-Schokolade

1 Pfund nur 95 Pfg.

Vollmilch-Schokolade

3 Tafeln à 100 g nur 80 Pfg.

Kefsmischung

1/2 Pfund nur 45 Pfg.

Apfelsinen

5 Stück nur 35 Pfg.

Freitag bis Montag erhalten Sie bei uns **doppelte Gutscheine.**

Hamburger Kaffee-Lager
Gustav Baresel

Thams & Garfs

Niederlage

Nebra a. U. Nebra a. U.

Nebraer Anzeiger

Amliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheinung wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Besognspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1,10 RM — Durch die Post bezogen 1,20 RM.

Schriftleitung: Wilt. Sauer in Köhleben.
 Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köhleben.
 Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kanmann Weib, Markt 34/35.
 Fernsprecher: Amt Köhleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen lösen: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Hellmetall 20 Pf. Anzeigenannahme an Donnerstagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtparkasse Nebra — Bankverein Artern.

Nr 147

Donnerstag, den 12. Dezember 1929

42. Jahrgang

Darfer Gilberts Bericht.

Die Novemberbilanz des Reparationsagenten.

— Berlin, 10. Dezember.

Der Reparationsagent veröffentlicht folgende Uebersicht über die Einnahmen und über die Gesamtverfügungen derselben für den Monat November 1929 und für den Zeitraum vom 1. September bis 30. November 1929 auf Grund des Haager Protokolls vom 31. August 1929. (Auf Vorgangslage, in Reichsmark.)

	Monat	Gesamtsumme
Einnahmen:		
Von Deutschland:		
Verzinsung und Tilgung der Reichsbahn-Reparationsobligationsüberreibungen abzüglich Defizit:	53 534 496,33	106 689 916,97
Haushaltsbeitrag:	103 983 067,50	311 738 558,33
Beitragssteuer:	24 121 064,16	48 251 601,55
Zinsen und Kursveränderung:	119 536,65	378 252,73
Gesamtbeitrag:	181 758 164,64	467 058 329,66
Verfügungen darüber:		
Dienst der deutschen Auslandsanleihe von 1924:	7 373 461,87	25 999 949,66
Verteilung an die Gläubiger:	106 114 285,71	318 342 857,14
Beitrag zum Referendumsfonds für die Beschäftigten:	—	30 000 000,00
Beitrag für Kosten der Kommissionen und sonstigen Organisationen:	—	6 000 000,00
Gesamtbeitrag:	113 487 747,58	380 342 806,80
Saldo per 30. November 1929:	68 270 417,06	86 715 522,86

Der preussische Haushaltsplan.

Süpfer-Mißoch verteidigt seinen Etat.

— Berlin, 11. Dezember.

Auf der Tagesordnung des Preussischen Landtages stand als einziger Gegenstand die erste Lesung des Haushaltsplanes für 1930.

Finanzminister Dr. Süpfer-Mißoch

brachte den Haushalt ein. Es sei schwer, heute schon etwas über die Abwägung für 1929 zu sagen. Der Minister wies auf die mißliche Lage hin, die für die Länder dadurch entstanden sei, weil einmal ohne weiteres 120 Millionen Mark aus dem Einkommensteuer des Reiches allein zu zahlen und andererseits, weil auch das 1900 Millionen Mark übersteigende Auskommen aus der Einkommensteuer vom Reich für Zwecke der Knappheits- und Invalidenversicherung zurückgefordert werde. Eine starke Erhöhung hätten die Wohnungsausgaben erfahren, da sich

die Beschöpfung der Beamtenbezahlung

erst im Jahre 1929 voll ausgereicht hätte. Die Personalausgaben hätten sich gegen 1926 um 288 Millionen erhöht. (Süß, körl.) Der Fehlbetrag im Anleihehaushalt habe am 1. Oktober 1929 67,5 Millionen Mark betragen. Diese Lastlage gebe insofern Anlaß zur Besorgnis, als bei der heutigen Kapitalknappheit die Vereinnahmung langfristiger Anleihen schwierig sein werde.

Die Verschöpfung Preußens betrage 643 Millionen Mark, das heißt etwa 10 Prozent des Staatsvermögens.

Auch im vorliegenden Haushaltsplan seien die Personalausgaben mit 75 Prozent der Gesamtausgaben außerordentlich hoch. Der Minister machte dann auf den Fehlbetrag von 88 Millionen aufmerksam, den er durch die Einstellung von Nebenmaßnahmen aus der Ueberweisungen des Reiches ausgeglichen habe. Von einer

Aufschließung des Verwaltungsapparates

könne man in Preußen nicht sprechen. Preußen habe heute insgesamt 207 000 Staatsbedienstete und 110 000 Volksschullehrer. Er kündigte für den nächsten Beratungsschritt des preussischen Landtages die Einbringung von Vorschlägen zur innerpreussischen Verwaltungsreform durch die Staatsregierung an. Auch mit einem neuen Volkswirtschaftensgesetz werde sich der preussische Landtag in Kürze zu beschäftigen haben. Wenn die Defizitlast heute über den harten Steuerdruck und die schlechte Lage der Wirtschaft drücke, so müsse er sagen, daß diese Lasten zwar nicht unerschöpflich seien, daß aber der Steuerdruck in anderen großen Ländern nicht geringer und die Lage der deutschen Wirtschaft nicht hoffnungslos sei.

Die Verschöpfung der Landwirte zeige zum ersten Male eine rückläufige Bewegung.

Zum Schluß erklärte der Minister, daß er es für seine Pflicht halte, der allgemeinen Mitteiligkeit entgegenzutreten, da die zu lösenden schwereren Aufgaben nur mit Mut und Entschlossenheit gemeistert werden könnten. Die allgemeine Ansprache wurde auf Mittags 12 Uhr vertagt. Außerdem: Antrag auf Einbeziehung der Döbbernterzente in die Unternehmungen des Reichs-Eisenbahnschiffverkehrs.



Die starke Zunahme der Nationalsozialisten. Sie ziehen in viele Stadtparlamente neu ein und haben sich in anderen Gemeinden mehr oder weniger verfestigt. Die Sozialdemokraten und die Bayerische Volkspartei haben ihren Wählerstand mit geringen Schwankungen behauptet. Die liberalen Parteien haben dagegen schlecht abgemittelt. Nach die Kommunisten konnten keine nennenswerten Wahlerfolge erzielen.

In der Landeshauptstadt München sind die Nationalsozialisten das jüngste in der Waage für die Mehrheitsbildung im neuen Stadtrat und damit für die Frage der Bürgermeisterwahl geworden. Bemerkenswert ist auch das Wahlergebnis in Augsburg, wo die Sozialdemokratie ihre Rolle als stärkste Fraktion des Stadtrates an die Bayerische Volkspartei abtreten mußte.

Auch in Nordbavaria haben die Nationalsozialisten einen großen Zuwachs zu verzeichnen. In Bayreuth z. B. ziehen neun Nationalsozialisten neu in den Stadtrat ein, in dem die Partei bisher nicht vertreten war. In Augsburg ist es ihnen gelungen, ihre bisherigen 13 Mandate und damit die Mehrheit im Stadtrat zu behaupten.

In der Pfalz

betrug die Wahlbeteiligung 80 Prozent. Die Bayerische Volkspartei und das Zentrum, die diesmal den Wahlkampf gemeinsam führten, haben sich auf der ganzen Linie behauptet, konnten jedoch vielerorts ihren Besitzstand erheblich verfallen. Die Sozialdemokraten haben zum Teil unwesentliche Verluste erlitten. Auch die Demokraten haben, soweit sie eigene Listen aufstellten, nicht immer ihren Stand behaupten können. Einen größeren Erfolg haben in der Pfalz eigentlich nur die Nationalsozialisten errungen

Am die Tabaksteuer.

Eine Erklärung Süpfer-Mißochs.

— Berlin, 10. Dezember.

Auf Grund schriftlicher und mündlicher Vorstellungen der beteiligten Interessenten sowie des hiesigen Innenministers beim Reichsernährungsminister und Reichsfinanzminister hat der Reichsfinanzminister folgende Erklärung abgegeben:

„Eine Entscheidung darüber, ob bei der Reform der Reichsfinanz nach die Besteuerung des Tabaks eine Veränderung zu erfahren haben wird, ist im Reichsfinanzministerium noch nicht getroffen worden. Für den Fall aber, daß im Rahmen einer Tabaksteuererhöhung eine Erhöhung der Steuer auf Kaufschabak in Erwägung gezogen werden sollte, wird von der Reichsregierung in jedem Fall darauf Bedacht genommen werden, daß nämlich die steuerliche Behandlung des gewöhnlichen Kaufschabaks und des sogenannten Feinbeschnittenen Feinchnitts nach wie vor gleichmäßig sein wird, und daß die Spanne in der steuerlichen Behandlung zwischen diesen Tabaksorten und dem sogenannten feinen Feinchnitt die gleiche bleibt wie bisher, das heißt 25 Prozent des Kaufschabakspreises.“

Die Tarifherhöhung der Reichsbahn.

Verlagerung bis Januar.

— Berlin, 10. Dezember.

Zwischen einem Ausschuß des Reichsfinanzrats und der Reichsbahn haben Verhandlungen stattgefunden, die sich mit dem Antrag der Reichsbahn beschäftigten, eine Tarif-

erhöhung vorzunehmen. Es ist u. a. auch der Vorschlag erörtert worden, der Reichsbahn auf dem Wege über die Beförderungsteuer eine finanzielle Erleichterung zukommen zu lassen. Angeht es der Finanzlage des Reiches dürfte aber dieser Vorschlag wenig Aussicht auf Verwirklichung haben.

Die bisherigen Verhandlungen haben zu einem Ergebnis nicht geführt. Die Frage der Tarifherhöhung ist einleitend bis Januar vertagt worden. Die Verhandlungen sollen nach dem Abschluß der Haager Konferenz wieder aufgenommen werden.

Vor dem Haag.

Die Arbeit des Juristen-Ausschusses.

— Berlin, 11. Dezember.

Zur Vorbereitung der zweiten Haager Konferenz wird der Juristen-Ausschuß nacheinander in den nächsten Tagen seine Arbeit aufnehmen. Die erste Haager Konferenz hat beschlossen, diesen Juristen-Ausschuß einzuladen mit dem Auftrage, die Bestimmungen zu revidieren, die in das Schlußprotokoll für die Entlastung des Reiches aufgenommen werden sollen. Deutscher Vertreter ist Ministerialdirektor Dr. G. u. s. vom Auswärtigen Amt, Frankreich und England entsenden die Juristen, die bisher stets die großen internationalen Verträge in ihrer juristischen Formulierung vorbereitet haben, die Herren Fromageot und Cecil Hurst. Auf deutscher Seite wird außerdem noch Ministerialdirektor Dr. H. L. v. v. vom Auswärtigen Amt an den Verhandlungen teilnehmen.

Der Ausschuß hat im besonderen zu prüfen das Statut der Bank für den internationalen Zahlungsausgleich, die einzelnen Bestimmungen des neuen Zahlungsplanes und diejenigen Bestimmungen, die die Ueberleitung vom Dawidplan zum Youngplan regeln. Weiter werden sich die Juristen zu befassen haben mit der Neuorganisation des Reichsbankgesetzes, mit der Anpassung des Reichsbankgesetzes und mit der neuen Verfahrensordnung für Sachleistungen. Endlich werden sie den Bericht des Komitees zur Liquidierung der Vergangenheit zu prüfen haben.

Runtius Pacelli abberufen.

Abschiedsbesuch beim Reichspräsidenten.

— Berlin, 10. Dezember.

Der Reichspräsident von Hindenburg empfing den Apostolischen Nuntius Monsignore Pacelli zur Entgegennahme seines Abschiedsbesuchs.

Der Nuntius war von dem Chef des Protokolls, Graf Tattenbach, im Namen des Reichspräsidenten abgeholt worden; bei der Einladung in den Hof des Reichspräsidenten-Palais erwieb eine Ehrenwache die üblichen Ehrenbezeugungen durch Präzidentieren des Gewehrs und Schlagen des Marsches. Im dem Empfang nahmen außer der Umgebung des Reichspräsidenten der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Curtius sowie Staatssekretär von Schubert teil.

Er kielte dann auf dem preussischen Ministerpräsidenten Dr. Braun seinen Abschiedsbesuch ab. Eggellen Pacelli wurde von Staatssekretär Weismann empfangen und zum Ministerpräsidenten geleitet. Nuntius Pacelli hat in seiner Unterredung mit dem Ministerpräsidenten diesem viel das vertrauensvolle Zusammenarbeiten des preussischen Staates mit ihm während seiner Berliner Tätigkeit seinen Dank ausgesprochen. Ministerpräsident Dr. Braun wünschte dem scheidenden Nuntius beste Erfolge für seinen neuen Wirkungskreis in Rom.

Die preussische Staatsregierung wird Nuntius Pacelli als Entsendungsbesuch ein wertvolles Ereignis der Staatlichen Porzellan-Manufaktur überreichen, auf dem die Hedwig-Basilika dargestellt ist. Nach beendeter Besuch wurde der päpstliche Nuntius von Staatssekretär Dr. Weismann bis nach der Nuntiarie begleitet.

Wie Frankreich abrüstet!

Wieder eine Milliarde Mehrausgaben.

— Paris, 11. Dezember.

Der französische Kriegshaushalt für 1930, der gegenüber dem Vorjahre eine Erhöhung der Ausgaben um 108 Millionen Franken vorstelt, zeigt deutlich, daß Frankreich an Abrüstung überhaupt nicht denkt. Dabei darf nicht übersehen werden, daß schon die Militärausgaben der vergangenen Jahre fortgesetzt eine erheblich steigende Linie aufweisen.

Die Mehrausgaben verteilen sich auf das Heer mit 323 Millionen, auf die militärische Luftfahrt mit 108 Millionen, auf die Marine mit 198 Millionen und auf die militärischen Ausgaben der Kolonien mit 29 Millionen.

Zu diesen 730 Millionen, die in den eigentlichen militärischen Haushaltsplänen auftreten, treten noch die Aufwendungen der anderen Ämtern zur Last fallen. So haben zu leisten: das Innenministerium für die Militärgerichte, die Republikanische Garde usw. 184 Millionen, das Arbeitsministerium für Wohnungsbauten usw. von Offizieren und Unteroffizieren 35 Millionen, das Ministerium der öffentlichen Arbeiten für den Bau von Schmalpurbahnen im Gefängnisgebiet 59 Millionen Franken.